

Prof. Dr. Manfred Wilke
Forschungsverbund SED-Staat an der FU Berlin

Die Ungarische Revolution 1956,
Tagung 4.-6. Oktober 2006

Ungarn 1956 und die westdeutsche Linke

1. Die Deutsche Linke 1956

Die Reaktionen der westdeutschen Linken auf die ungarische Revolution und ihre Niederschlagung wirft erst einmal die Frage auf: Von wem sprechen wir? 1956 dachten alle politischen Strömungen in Deutschland noch gesamtdeutsch, dies galt auch für Kommunisten und Sozialdemokraten, die im Selbstverständnis der Zeit die deutsche Linke ausmachten.

In einem der beiden 1949 gegründeten Teilstaaten – in der DDR - regierten die Kommunisten, dagegen war die KPD in der Bundesrepublik im August 1956 vom Bundesverfassungsgericht als verfassungsfeindliche Partei verboten worden. Die SPD hatte in der sowjetischen Besatzungszone nach der erzwungenen Fusion mit der KPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands 1946 aufgehört zu existieren. In der Bundesrepublik dagegen waren die SPD als Partei des demokratischen Sozialismus und die mit ihr verbundene Einheitsgewerkschaft DGB Garanten von Republik und Demokratie.

Seit 1949 war die SPD im Bund in der Opposition und kritisierte entschieden die von der Regierung Konrad Adenauer (CDU) betriebene Politik der Westbindung und der damit verbundenen Wiederbewaffnung der Bundesrepublik. Die Westbindung der Bundesrepublik verfestigte nach Ansicht der Sozialdemokraten die deutsche Teilung und verbaute die Chance zum Ausgleich mit der Sowjetunion über die Frage der Wiedervereinigung zu

kommen. Die Westbindung stabilisierte aus Sicht der SPD somit die kommunistische Diktatur in der DDR.

Bei der Wiedergründung der SPD durch Kurt Schumacher 1945 war dieser bestrebt, alle sozialistischen Strömungen bis hin zur individuellen Aufnahme ehemaliger Kommunisten in die SPD zu integrieren. Der SPD war es Mitte der 50er Jahre gelungen, so schreiben Hermann und Gerda Weber in ihren Erinnerungen, „... ein breites Spektrum zu integrieren. Darunter den Großteil der traditionellen deutschen Linken, sogar ehemalige Kommunisten. Es existierten aber inner- und außerhalb der SPD viele Gruppen, die sich als Linke verstanden und sich straff oder lose zusammenfanden. Und es gab auch kommunistische Zusammenschlüsse gegen den Stalinismus.“¹

1955/56 entstanden außerhalb der SPD zwei Zeitschriften für die innersozialistische Debatte, 1. die von Viktor Agartz gegründete „Korrespondenz für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften“ (WISO) und 2. die „Sozialistische Politik“ (SOPO). Im Unterschied zur WISO, deren Existenz durch Sammelabonnements der SED-Massenorganisation FDGB gesichert wurde,² waren in der Redaktion der SOPO unterschiedliche politische Richtungen vertreten. „Wolfgang Abendroth, Willy Boepple, Siegfried Braun, Erich Gerlach, Georg Jungclas und Peter von Oertzen redigierten die *Sozialistische Politik*“.³ Seit 1955 erschien in Hamburg außerdem „Die Andere Zeitung“, die vom ehemaligen Chefredakteur des SPD-Parteiorgans *Vorwärts*, Gerhard Gleisberg, geleitet wurde. Sie war nach dem Zeugnis von Jürgen Seiffert vor allem wichtig „wegen der Gewerkschaftsseite.“⁴ Wie die WISO hat auch „Die Andere Zeitung“ finanzielle Unterstützung „aus dem Osten erhalten“.⁵ Die Hinweise auf die finanzielle Unterstützung seitens der SED verdeutlichen nicht nur die Präsenz kommunistischer Aktionseinheitspolitik, sondern auch dass zwischenmenschliche Beziehungen in der Lage waren, trotz wechselseitiger

¹ Hermann und Gerda Weber, *Leben nach dem „Prinzip Links“*, Berlin 2006, S. 180.

² Vgl. Nikolaus J. Ryschkowsky, *Die linke Linke*, München 1968, S. 24.

³ Jürgen Seiffert, *Linke in der SPD (1945-1968)*, in: *Die Linke im Rechtsstaat*, Band 1, *Bedingungen sozialistischer Politik 1945-1965*, Berlin 1976, S. 242.

⁴ Ebenda.

⁵ Nikolaus J. Ryschkowsky, a. a. O., S. 25.

Abgrenzung eine gewisse Kontinuität in der Diskussion sozialistischer Politik zwischen linken Sozialdemokraten und Kommunisten zu sichern. Innerhalb dieser auf die SPD politisch ausgerichteten Linken war das Verhältnis zur Sowjetunion und die Kritik am Diktatoralltag in der DDR ein fortwährender Streitpunkt. Der XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1956 und dessen partielle Verurteilung von Stalins Verbrechen boten neuen Zündstoff, weckten aber auch Hoffnungen auf eine Reformierbarkeit der kommunistischen Parteidiktatur. In der WISO bewertete Wolfgang Abendroth dieses Ereignis als Zäsur: „Die stalinistische Diktatur in ihrer alten, durch den Parteitag begrabenen Form, das System – um Chruschtschows Sprache zu gebrauchen, die eine uns im Westen seit langem bekannte Realität offen kennzeichnet – des ‚Führerkults‘ (also der Ein-Mann-Herrschaft), des brutalen Terrors und der Geschichts- und Wahrheitsfälschung war nicht das Ergebnis der Oktober-Revolution, noch nicht einmal das unmittelbare Resultat des Übergangs vom Schema der primitiv-demokratischen frühen Räteherrschaft zur bolschewistischen Parteidiktatur. Sie konnte sich erst entwickeln, nachdem jeder Gedanke an den ursprünglichen Plan der Partei Lenins offenbar unreal geworden war, die notwendige Industrialisierung Russlands, die Liquidierung des Analphabetentums und der mangelnden Arbeitsdisziplin der – ehemals noch meist bäuerlichen – Massen in Anlehnung an den Sieg des Sozialismus in bereits industrialisierten Ländern mit deren Hilfe auf der Grundlage öffentlichen Eigentums an den Produktionsmitteln durchzuführen.“⁶ Abendroths Bewertung des Parteitages wird von ihm verbunden mit einer historischen Erklärung des Stalinismus, der nicht originär mit dem Leninismus verbunden war, sondern der Isolation der bolschewistischen Revolution und dem Scheitern der Vision einer sozialistischen Weltrevolution geschuldet war. Daraus folgerte er, dass die kommunistische Parteidiktatur in sich reformfähig sei und somit ihr Wandel eine Perspektive sei.

In den regierenden kommunistischen Parteien bildeten sich trotz Fraktionsverbot zwei Lager, die „Dogmatiker“ und die „Antistalinisten“ deren

⁶ Zitiert nach: Wolfgang Abendroth, Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie, Neuwied/ Berlin 1967, S. 63.

Wortführer Künstler, Schriftsteller und Intellektuelle waren. Diese Differenzierung traf auch die SED. Die thematische Einengung auf die westdeutsche Linke in ihrer Reaktion auf die ungarische Revolution ist somit eine Verkürzung, die dem Selbstverständnis der Zeit nicht gerecht wird. Politisch ging es um die Reaktion von SPD und DGB in der Bundesrepublik und der SED in der DDR. Die sowjetische Entstalinisierung löste in der DDR unter junger Philosophen und Schriftstellern eine intellektuelle Reaktion aus, kritische Debatten, die in der Forderung nach Reformen mündeten. So formulierte z. B. der Parteiphilosoph Wolfgang Harich ein Programm für die Demokratisierung der DDR, das er mit einem Konzept der Überwindung der Feindschaft zwischen SPD und einer reformierten SED verband. Die Doppelkrise Polen-Ungarn erwies sich als der Praxistest der Entstalinisierung und ihrer Grenzen. Das Machtmonopol der kommunistischen Partei stand nicht zur Disposition. Die SED unterstützte uneingeschränkt das sowjetische Vorgehen gegen die „ungarische Konterrevolution“ und ging danach rigoros gegen die intellektuelle Opposition im eigenen Land vor. Viele, die aufbegehrten, flohen in die Bundesrepublik,

Die ungarische Tragödie verdeckte den Erfolg der polnischen Reformkommunisten im Oktober 1956. Das polnische Beispiel eines Führungswechsels an der Spitze der Partei inspirierte Hoffnungen auf Veränderungen in der SED und der DDR. Das Thema des Beitrages muss daher auch in dieser Hinsicht abgewandelt werden: Es geht um die Reaktion der deutschen Linken auf den „polnischen Oktober“ und die ungarische Revolution.

2. Die Doppelkrise: Polen und Ungarn.

Der Ablauf der Doppelkrise Polen und Ungarn umfasste einen Zeitraum von wenigen Wochen und begann in Polen. Polen war für die Ulbricht-Führung der SED ein Menetekel. Mit Wladyslaw Gomulka wählte das Zentralkomitee der

Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) am 21. Oktober einen Mann zum Ersten Sekretär, der 1949 aus der Parteiführung ausgeschlossen und von der polnischen Staatssicherheit inhaftiert worden war. Für den namhaftesten Historiker der stalinistischen Säuberungen in Osteuropa nach 1945, George Hermann Hodos, gibt es keinen Zweifel, „... daß Stalin seit Ende 1952 die Liquidierung Gomulkas mit einem großen antisemitischen-antizionistischen Schauprozess verbinden wollte, einem ‚polnischen Slansky-Prozeß‘.“⁷

Seit 1946 unterhielt die SPD ein Ostbüro, dessen Aufgabe es zunächst war, Verbindung zu Sozialdemokraten in der SBZ zu halten, Informationen über die Verhältnisse in der „Zone“ zu sammeln, den Parteivorstand der SPD zu beraten und die publizistische Auseinandersetzung mit den regierenden Kommunisten zu führen.⁸ Die Doppelkrise in Polen und Ungarn war Gegenstand einer Analyse des Ostbüros, die als Tarnschrift auch in der DDR verbreitet wurde. Gomulkas Wahl an die Spitze der polnischen Kommunisten nutzte das Ostbüro, um zu fragen: Wann geschieht dies in der SED? Diese Frage unterstrich das Ostbüro durch die Dokumentation der lückenhaften und verfälschenden Berichterstattung des *Neuen Deutschland* (ND) über das Referat von Gomulka, das er nach seiner Wahl vor dem ZK der PVAP hielt. Das ND veröffentlichte die Rede erst am 25. Oktober in Auszügen. Die Gründe für ihre Zensur lagen für das Ostbüro im Inhalt, „... denn was Genosse Gomulka in seiner Rede über die Verbrechen der polnischen Stalinisten gesagt hat, trifft Wort für Wort auch für die Verbrechen des deutschen Stalinisten Ulbricht zu. (...) Der Rotstift der Ulbricht-Zensur hatte furchtbar in dieser Rede gewütet und durch Streichungen der wesentlichen Stellen das Kunststück fertiggebracht, sie in eine polnische Bestätigung für Ulbrichts Politik in der DDR zu verwandeln. Ulbricht glaubt der von Gomulka ausgesprochenen Wahrheit über Polen, die auch die Wahrheit über die DDR ist, zu entgehen, in dem er sie verschweigt. Er glaubt dieser Wahrheit zu entgehen, indem er ihr mit der Lüge begegnet, ‚daß in der DDR

⁷ George Hermann Hodos, Schauprozesse. Stalinsche Säuberungen in Osteuropa 1948-1954, Berlin 2001, S. 315f.

⁸ Vgl. Wolfgang Buschfort, Parteien im Kalten Krieg. Die Ostbüros von SPD, CDU und FDP, Berlin 2000, besonders S. 32-112.

niemals solche stalinistischen Fehler begangen wurden wie in Polen und die DDR allen übrigen Volksdemokratien in der Demokratisierung schon seit dem Jahre 1953 weit voraus ist'. ‚Außerdem‘, so argumentiert Ulbricht weiter, ‚würde jede weitere Demokratisierung in der DDR nur den reaktionären Kräften dienen und zur Restauration des Kapitalismus führen‘.⁹

Die Bewertung der Ereignisse in Polen und Ungarn und des Verlaufs der Krise insgesamt bestimmten wesentlich die politischen Schlussfolgerungen, die in SED und SPD aus ihr gezogen wurden. Das Ostbüro der SPD wandte sich mit seiner Analyse gezielt an die SED-Mitglieder. Basis der Argumentation war die neue Differenzierung in den kommunistischen Parteien zwischen Stalinisten und Reformern. Der Feind, den es zu besiegen galt, sei der „Stalinismus“. Leo Trotzki's Zitat von 1937 benennt den Gegner: „Der Stalinismus ist die Geißel der Sowjetunion geworden und die Pest der internationalen Arbeiterbewegung. Die historische Katastrophe des Stalinismus, als Resultat des revolutionären Sieges der Massen ist unabwendbar. Sie muß – und wird sich ergeben aus dem Sieg der Arbeiterklasse über die Bürokratie.“¹⁰ Diese im Jahre 1937 „... heroische Illusion eines von Stalin verleumdeten, verfolgten und gehetzten Revolutionärs“¹¹ sei heute dagegen „zur dramatischen Wirklichkeit geworden. Die historische Katastrophe des Stalinismus hat begonnen. Die siegreiche polnische Revolution gegen den Stalinismus und der Freiheitskampf des ungarischen Volkes gegen die sowjetische Fremdherrschaft sind nur der Ausdruck dieses Prozesses.“¹² Der Argumentationshorizont dieser Schrift blieb im Rahmen der sozialistischen Perspektive der Gesellschaften sowjetischen Typs und nutzte Trotzki's Forderung nach einer politischen Revolution der Arbeiterklasse gegen den Stalinismus, um den Kampf für sozialistische Demokratie in der SED zu propagieren. Anknüpfend an das antikapitalistische Selbstverständnis ihrer Funktionäre wurde ihnen versichert, es gehe nicht um

⁹ „Die Wahrheit über Polen und Ungarn“, Sonderausgabe „Einheit“, Zeitschrift für Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus (Theoretisches Organ der SED, M.W.), Ostbüro der SPD (Hrsg.), Bonn, ohne Jahr, S. 13.

¹⁰ A. a. O., S. 3.

¹¹ Ebenda.

¹² Ebenda.

die Rückkehr zur bürgerlichen Demokratie oder gar zum „Kapitalismus“. Die Argumentation setzte auf den Zweifel der Leser über die Zukunft der sozialistischen Gesellschaftsordnung und nutzte die Informationslücken über Polen und Ungarn, die die SED-Zensur ließ. Die Autoren des Ostbüros prognostizierten den Beginn einer neuen Epoche: „Die Zeit des von Stalin begründeten sowjetischen Kolonialreiches in Europa ist abgelaufen.“¹³

Im Kontext der Entstalinisierung gewannen Trotzki's Analysen über die bürokratische Entartung der „verratenen Revolution“¹⁴ neue Aktualität. Seine Beschreibung des Wandels der kommunistischen Partei der Sowjetunion entsprach der gesellschaftlichen Wirklichkeit in den Staaten des sowjetischen Imperiums 1956: „Die ehemalige kommunistische Partei ist heute nicht die Vorhut des Proletariats, sondern die politische Organisation der Bürokratie.“¹⁵ Das MfS notierte in seiner Dokumentation „Analyse der Feindseligkeit innerhalb der wissenschaftlichen und künstlerischen Intelligenz“ von 1957 eine Äußerung des Schriftstellers Manfred Bieler, „... daß doch jetzt ersichtlich sei, daß Trotzki in vielen Punkten Recht gehabt hätte. Er würde jetzt wieder Trotzki lesen, dies sei sehr interessant. Man müsse Trotzki kennen, um die Vorgänge in der Sowjetunion richtig verstehen zu können.“¹⁶ Worauf es an dieser Stelle vor allem ankommt, ist, sich zu vergegenwärtigen, wie die Sozialisten den inneren Zusammenhang dieser Doppelkrise bewertet haben. Der unterschiedliche Ausgang der Krise in Polen und Ungarn warf zudem die Frage des Weges zur Überwindung des Stalinismus auf. Die Reform in Polen ließ sich durchsetzen, die Revolution in Ungarn wurde niederschlagen.

¹³ Ebenda.

¹⁴ Leo Trotzki, *Verratene Revolution* (1936), Vorwort J. Humbert-Droz, Zentralsekretär der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (v. 1921-1931 Sekretär der Komintern), Zürich 1957.

¹⁵ A. a. O., S. 136

¹⁶ Ilko-Sascha Kowalczyk, Frost nach dem kurzen Tauwetter: Opposition, Repressalien und Verfolgung 1956/57 in der DDR. Eine Dokumentation des Ministeriums für Staatssicherheit, in: Hermann Weber u.a. (Hrsg.), *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung*, Berlin 1997, S. 205, künftig zitiert: MfS-Analyse, S. 205.

Manfred Bieler selbst blieb bis 1967 in der DDR, siedelte dann nach Prag über und wurde im März 1968 Vollmitglied des tschechoslowakischen Schriftstellerverbandes. Nach dem Einmarsch der sowjetischen Armee im August 1968 siedelte er in die Bundesrepublik über.

Vgl. Peter Boris, *Die sich lossagten. Stichworte zu Leben und Werk von 461 Ex-Kommunisten und Dissidenten*. Köln 1983, S. 44.

3. Solidarität

Offene Solidarität der deutschen Linken mit der ungarischen Revolution gab es nur in der Bundesrepublik, besonders ihr gewaltsames Ende durch die sowjetische Intervention löste eine Welle spontaner Anteilnahme aus. Am 29. Oktober erklärte sich der DGB-Bundesvorstand solidarisch „mit den um die Wiederherstellung der demokratischen Freiheiten in Ungarn kämpfenden Arbeitern“.¹⁷ Der DGB überwies an den zur Unterstützung der ungarischen Arbeiter geschaffenen Sonderfonds des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG) 100.000 DM. Die gleiche Summe stellte zwei Tage später der Hauptvorstand der IG Metall zur Verfügung und erklärte: „Die Mitgliedschaft der Industriegewerkschaft Metall verfolgt mit inniger Anteilnahme das heldenhafte Ringen des ungarischen Volkes um demokratische Freiheit und nationale Unabhängigkeit. Gemeinsam mit der freien Gewerkschaftsbewegung der Welt erklärt sich die Gewerkschaft mit den ungarischen Arbeitern und Bauern solidarisch.“¹⁸ Noch war Hoffnung in diesen Erklärungen, doch nach dem sowjetischen Panzereinmarsch schlug die Stimmung um in Ohnmacht und Wut, gepaart wohl auch mit Kriegsfurcht, als am 29.10.1956 in der Suezkrise Großbritannien, Frankreich und Israel gleichzeitig Ägypten angriffen.

Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Otto Suhr (SPD), rief am 5. November die Berliner zu einer Solidaritätskundgebung mit Ungarn vor dem Schöneberger Rathaus auf. Über 100.000 Menschen versammelten sich, die Menge war erregt und einige verlangten „Taten“ statt Worte. Mit den Rufen „Freiheit für Ungarn“ und „Russen raus!“ zogen tausende Menschen zum Brandenburger Tor. Auf dessen Ostseite fuhren laut West-Berliner

¹⁷ Informationen und Nachrichtendienste der Bundespressestelle des DGB, Band XII, Jahrgang VI./1956, Düsseldorf, S. 323.

¹⁸ A. a. O., S. 333.

Polizeibericht zwei Panzer auf. Die Volkspolizei schützte das Tor mit „Gewehr in Hüftanschlag“.¹⁹

Dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses Willy Brandt gelang es, mit einer Ansprache eine direkte Konfrontation und damit eine sich daraus ergebende unkalkulierbare Eskalation zu verhindern. Er rief den Demonstranten zu, sie sollten nicht das Spiel der „anderen Seite“ spielen, sein zentrales Argument war „... daß ein blutiger Zusammenstoß den Ungarn nicht helfen, wohl aber einen Krieg entfesseln könne.“²⁰ Brandt stellte sich an die Spitze eines Demonstrationzuges und führte ihn weg vom Brandenburger Tor zum sowjetischen Ehrenmal im Tiergarten, das im britischen Sektor lag. „Die Aggressionslust verflüchtigte sich, als wir die Nationalhymne sangen: Einigkeit und Recht und Freiheit! Auf dem Rückweg stieß ich auf verprügelte englische Militärpolizisten, an denen Berliner Jugendliche ihre ohnmächtige Wut ausgelassen hatten.“²¹ Es war wohl auch ein Protest gegen Großbritanniens Angriff auf Ägypten.²²

Vor dem Brandenburger Tor wurde eine Losung wiederholt, die schon einmal drei Jahre zuvor am 17. Juni, mit Blick auf die Verhältnisse in der DDR, an diesem Ort skandiert wurde: „Weg mit dem Spitzbart“ – gemeint war der Erste Sekretär des ZK der SED, Ulbricht.²³ An dieser Stelle ein kurzes Zitat aus der Vernehmung von Wolfgang Harich, das eine gesamtdeutsche Gemeinsamkeit festhält: „Im Unterschied zu 1953 wurden die diesmal gegen Walter Ulbricht gerichteten Stimmungen im ‚Aufbau-Verlag‘ ... von der SED-Grundorganisation nicht bekämpft, sondern aufgegriffen und zu einer selbstverständlichen und

¹⁹ Lagemeldungen der West-Berliner Polizei über Protestaktionen gegen die Niederschlagung des Volksaufstandes in Ungarn in West-Berlin am 5. November 1956, in: Hans-Hermann Hertle, Kundgebung und Protestaktion in West-Berlin 5. November 1956, Manuskript, Potsdam (2005), S. 5.

²⁰ Willy Brandt, Erinnerungen, Frankfurt a. M. 1998, S. 32.

²¹ Ebenda.

²² Die Entscheidung der KPdSU-Führung am 31. Oktober militärisch in Ungarn einzugreifen, steht nach Ansicht des ungarischen Historikers Janos M. Rainer im Zusammenhang mit dem Angriff auf Ägypten, Moskau rechnete mit dem Verlust dieser sowjetischen Position in der Dritten Welt und wollte nun in Ungarn ihr imperiales Prestige verteidigen.

Vgl. Janos M. Rainer/ Bernd-Rainer Barth, Ungarische Revolution: Aufstand – Zerfall der Partei – Invasion, in: András B. Hegedüs/ Manfred Wilke (Hrsg.), Satelliten nach Stalins Tod, Berlin 2000, S. 254.

²³ Telegraf, 7.11.1956, Zitiert nach Hertle, a. a. O., S. 11.

berechtigten Angelegenheit erklärt. Besonders nach dem Fernsehinterview über die Ereignisse in Polen und Ungarn steigerten sich bei mir selbst, ähnlich wie bei der Mehrzahl der anderen Mitglieder der Grundorganisation die Ablehnung des Ersten Sekretärs der Partei zu einer geradezu feindseligen Haltung.“²⁴ Auch wenn diese Aussage über die SED-Grundorganisation im Aufbau-Verlag eine MfS-Konstruktion war, die gebraucht wurde, um die „konterrevolutionäre Gefahr“ zu „beweisen“ und den „Parteiverrat“ Harichs im Hinblick auf den politischen Prozess gegen ihn zu untermauern, so hat doch Harich in seiner Plattform als ersten Schritt der SED-Reform Ulbrichts Rücktritt gefordert.

Dem oppositionellen Kommunisten Harich wie den West-Berliner Demonstranten ging es im Angesicht der ungarischen Tragödie um politische Veränderungen in Deutschland und diese sollten mit dem Sturz des deutschen Stalinisten Ulbricht beginnen.

Der DGB-Bundesvorstand rief am 5. November die Arbeiter, Angestellten und Beamten auf, am 6. November von 12:00 bis 12:03 Uhr „... durch eine Arbeits- und Verkehrsruhe ... ihre Verbundenheit mit dem ungarischen Volk, mit der Freiheitsbewegung gegen Unterdrückung und Terror und für eine Stärkung der Weltsicherheitsorganisation zum Ausdruck zu bringen.“²⁵

Der DGB unterstütze die Entschließung der Vollversammlung der Vereinten Nationen, die den sofortigen Abzug der Sowjettruppen aus Ungarn und die Zulassung neutraler Beobachter forderte: „Das ungarische Volk hatte in einem heldenhaften Freiheitskampf das bolschewistische Terrorsystem abgeschüttelt und die Grundlagen für die Errichtung einer freiheitlich demokratischen Ordnung geschaffen. Eine freie und unabhängige Gewerkschaftsbewegung war spontan ins Leben getreten, um die Rechte der arbeitenden Menschen in einem neuen ungarischen Staat zu sichern. Diese hoffnungsvolle Freiheitsbewegung

²⁴ MfS-Analyse, a. a. O., S. 179.

²⁵ DGB-Aufruf zum Ungarischen Freiheitskampf, in: Informations- und Nachrichtendienste, a. a. O., S. 336.

wurde in Blut erstickt, ihre Regierung verhaftet und das Terrorsystem wieder hergestellt. Der eiserne Vorhang trennt Ungarn wieder von der freien Welt.“²⁶

Die Internationale Föderation der Transportarbeiter forderte den Boykott russischer Güter – bereits im Kampf gegen die nationalsozialistische Diktatur hatte sie den Boykott als Kampfmittel propagiert - um die ungarischen Arbeiter durch die „freie Gewerkschaftsbewegung“ effektiv zu unterstützen.²⁷ Wenn auch diese unmittelbare Solidarität die Restauration der kommunistischen Diktatur in Ungarn nicht zu verhindern vermochte, bereitete sie doch den Boden für die Aufnahme vieler geflüchteter Ungarn in der Bundesrepublik – sie war also nicht vergeblich.

Die politischen Konsequenzen aus der ungarischen Tragödie für die sozialdemokratische Deutschlandpolitik wurden erst nach dem Ende der Kämpfe in Ungarn gezogen.

4. Die SED und die ungarische Revolution

Bevor die sowjetische Führung am 31. Oktober entschied, in Ungarn militärisch einzugreifen, führte Nikita S. Chruschtschow eine Reihe von Gesprächen mit den Parteiführungen der chinesischen, polnischen und jugoslawischen Kommunisten. Die SED wurde in diese Konsultationen nicht einbezogen, gleichwohl unterstützte Ulbricht bedingungslos das sowjetische Vorgehen.

Ein Merkmal der Entstalinisierung in den kommunistischen Parteien war das Ende der unterwürfigen Geschlossenheit gegenüber dem Parteiapparat, dies war auch in der SED so. Den Widerspruch zu Ulbrichts Kurs wagte nun Wolfgang Harich, der nach der Niederschlagung der ungarischen Revolution die

²⁶ Ebenda.

²⁷ A. a. O., S. 345.

Partei „von innen“ reformieren wollte: „Wir wollen auf den Positionen des Marxismus-Leninismus bleiben. Wir wollen aber weg vom Stalinismus.“²⁸

Schon in seiner Rede vor der Volkskammer am 3. November 1956 baute Ulbricht dieser Konsequenz vor. Eine solche politische Interpretation der Entstalinisierung wurde von ihm kurzerhand als westliche Verfälschung der Ergebnisse des sowjetischen Parteitages gebrandmarkt und damit innerparteilich als „Feindpropaganda“ gekennzeichnet: „Diese Feinde bemühen sich nun täglich, die Beschlüsse des XX. Parteitages in ihr Gegenteil zu verkehren und behaupten, in der Deutschen Demokratischen Republik würden diese Beschlüsse nicht genügend beachtet.“²⁹ Den Zusammenhang zwischen der Chance zu Veränderungen in der DDR und der Niederschlagung der ungarischen Revolution brachte der Leipziger Germanist Hans Mayer mit einem einzigen Satz zum Ausdruck: „Auch über das Tauwetter in der DDR wurde in Ungarn und also schließlich in Moskau entschieden.“³⁰ Der Parteiapparat beendete repressiv die intellektuellen Diskussionen von SED-Mitgliedern an den Universitäten, in den Verlagen und Redaktionen über die Ablösung von Ulbricht, die Rehabilitierung von Opfern der politischen Justiz oder gar die Rückkehr der Demokratie und der freien Meinungsäußerung in die Partei. Zur Rechtfertigung seines Vorgehens ließ der SED-Parteiapparat das MfS all diese Diskussionen der Intelligenz auflisten und zu einer „konterrevolutionären Konzeption“ verdichten, die einer Anklageschrift glich, in der selbst die Forderung nach Meinungsfreiheit schon ein konterrevolutionäres Merkmal war:

„Die Forderung nach Äußerung der freien Meinung ist offensichtlich die Forderung nach Eröffnung der sogenannten Fehlerdiskussion, und die

²⁸ Aus der politischen Plattform Wolfgang Harichs und seiner Freunde, November 1956, zitiert nach: Hermann Weber (Hrsg.), DDR. Dokumente zur Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik 1945-1985, München 1986, S. 228.

²⁹ Aus der Rede des Ersten Sekretärs des ZK der SED, Walter Ulbricht, vor der Volkskammer der DDR am 3. November 1956, in: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in 8 Bänden, Band 8, Berlin (Ost) 1966, S. 448.

³⁰ Hans Mayer, Ein Tauwetter, das keines war. Rückblick auf die DDR im Jahre 1956, in: Reinhard Crusius/ Manfred Wilke (Hrsg.), Entstalinisierung. Der XX. Parteitag der KPdSU und seine Folgen, Frankfurt a. Main 1977, S. 443.

Fehlerdiskussion soll lediglich die ideologische Voraussetzung für das schaffen, was die konterrevolutionäre Gruppierung schon lange im Auge hat, nämlich 1. Sturz bzw. Änderung der bestehenden Partei- und Staatsführung; 2. Änderung des politisch-gesellschaftlichen Systems durch sogenannte Reorganisierung der Arbeiterpartei, Auflösung bzw. Umwandlung der demokratischen Massenorganisationen und ihre Verselbständigung, Auflösung wichtiger staatlicher Organe und Liquidierung bedeutsamer sozialistischer Errungenschaften auf dem Gebiet der Industrie und Landwirtschaft.

Diese ganze konterrevolutionäre Konzeption mündet schließlich in der Forderung nach einem sogenannten *nationalen Weg zum Sozialismus*, unter dem die Durchsetzung der vorgenannten Momente zuzüglich der Verleugnung der führenden Rolle der Sowjetunion verstanden werden.³¹

Namentlich die „staats- und parteifeindlichen Forderungen“ des Diskussionszirkels um Wolfgang Harich entsprächen vergleichbaren Forderungen „während der konterrevolutionären Ereignisse in Ungarn“.³² Festzuhalten bleibt, dass die wichtigste innenpolitische Lehre der SED aus den „ungarischen Ereignissen“ der Ausbau des MfS war.

Ein Schlaglicht auf die Diskussionen unter SED-Funktionären zur Niederschlagung der ungarischen Revolution hat Heinz Brandt in seinen Erinnerungen überliefert:

„Ich werde nie diesen Sonntagabend bei Bruno Baum vergessen. Das Budapester Revolutionszentrum war im Blut erstickt worden. Bruno und seine Lebensgefährtin Erika (Dozentin an der Parteihochschule ‚Karl Marx‘) feierten den Sieg. Sie hatten schon eine Flasche ungarischen Plattenseer geleert, doch es war nicht der Wein, es war der Siegesrausch, der aus ihnen sprach.

‚Endlich haben die Freunde durchgegriffen‘, frohlockte Bruno. ‚Ein wahres Glück, sonst wäre es hier auch so gekommen‘. Genau das war es: Walter Ulbricht war wieder einmal gerettet. Diesmal durch die ungarische Revolution, so wie ihn drei Jahre zuvor der 17. Juni vor dem sicheren Sturz bewahrt

³¹ MfS-Analyse, a. a. O., S. 174.

³² A. a. O., S. 173.

hatte.“³³ Brandt notierte die Bedeutung sowjetischer Gesprächspartner für das Selbstverständnis dieses SED-Funktionärs, der sich geschmeichelt fühlte, wenn ihn die „Freunde“ um Rat fragten:

„Bruno prahlte mit seiner Voraussicht, seinem Einfluß auf die Freunde: ‚Puschkin (sowjetischer Botschafter in der DDR, M.W.) hat mich neulich gefragt, wie ich die Lage hier einschätze. Ich habe ihm ganz offen geantwortet: ‚Wenn Ihr die treuen Funktionäre in Ungarn Wasser saufen laßt, dann verlieren auch die Besten hier den Mut. Dann kommt es schlimmer als am 17. Juni. Die Partei ist wieder einmal völlig durcheinander, überall geht das Geraune um: Wir brauchen einen deutschen Gomulka, einen deutschen Nagy. Die schwankenden Intellektuellen erstreben einen deutschen Petöfi-Club. Wenn Ihr in Budapest nicht durchgreift, dann geht Euch nicht nur Ungarn, dann geht Euch auch die DDR verloren.‘

Bruno empfand die russische Intervention als seinen persönlichen Erfolg.“³⁴ In seiner Bewertung dieses konterrevolutionären Siegers griff Brandt auf dessen revolutionäre Biografie zurück und maß damit zugleich die DDR-Wirklichkeit am sozialistischen Ideal der alten Arbeiterbewegung: „Wie weit war es mit ihm gekommen! Der Revolutionär, der seinen Leben lang von der bewaffneten Aktion der Arbeiter geschwärmt, sie zu erleben, in ihr mitzuwirken erträumt hatte, beging nun festlich deren Niederlage, begoss ihre erbarmungslose Niederschlagung.

Das Radio brachte die Proklamation der von den Russen eingesetzten Regierung Kádár: ‚Die sprechen ja immer noch von der ‚verbrecherischen‘ Rákosi-Clique‘, empörte sich Erika. Bruno, ganz Staatsmann, beruhigte sie: ‚Das müssen die doch am Anfang noch. Das hört auch bald auf.“³⁵

Nicht nur das gemeinsame Schicksal als Häftlinge von Auschwitz verband Baum und Brandt. Beide waren im Jahre 1953 Sekretäre der Berliner Bezirksleitung der SED, doch Brandt forderte von der Parteiführung am Vorabend des 17. Juni die Erhöhung der Arbeitsnormen zurückzunehmen.

³³ Heinz Brandt, Ein Traum, der nicht entführbar ist. Mein Weg zwischen Ost und West. München 1967, S. 324f

³⁴ A. a. O., S. 325.

³⁵ Ebenda.

Nach dem 17. Juni wurde er im Gegensatz zu Baum von seiner Funktion abgelöst. 1958 flüchtete er aus der DDR und wurde 1959 Redakteur der Mitgliederzeitschrift der IG-Metall.³⁶ Beider Wege hatten sich unwiderruflich getrennt.

5. Die Intellektuellen

Die Erschütterung durch den XX. Parteitag führte zu einer tiefen Glaubenskrisen in der kommunistischen Bewegung, die von Künstlern, Schriftstellern und Intellektuellen artikuliert wurde. Wolfgang Harich, Walter Janka, Ernst Bloch oder Günter Zehm waren Teil einer europäischen Bewegung. Das Entsetzen über Stalins Verbrechen führte zu einem folgenreichen Paradigmenwechsel: Nicht das kommunistische Endziel, dessen Erreichen angesichts der antikommunistischen Feinde, allen voran Adolf Hitler, die Mittel heiligte, stand im Zentrum der visionären Glaubensgewissheit, sondern die Mittel selbst, mit denen die Kommunisten ihren sozialistischen Aufbau betrieben, standen nun zur Diskussion, die auch in der DDR geführt wurde.

Das Urteil von Ilko-Sascha Kowalczyk, dass es Harich, Janka, Erich Loest und Anderen im Herbst 1956 nicht „um die Abschaffung der SED-Herrschaft“³⁷ ging, ist zutreffend, mindert aber nicht die historische Bedeutung ihres Eintretens für die Entstalinisierung der DDR.

Bezogen auf das deutsche Thema kommt ein weiterer Aspekt hinzu: Viele der Personen der wissenschaftlichen und künstlerischen Intelligenz der DDR, denen die MfS-Analyse „konterrevolutionäre Aktivitäten“ bescheinigte, fanden sich bald darauf in der Bundesrepublik wieder, wie z.B. Alfred Kantorowicz, Gerhard Zwerenz, Günter Zehm oder Manfred Hertwig.

³⁶ Brandt wurde am 16.6.1961 in West-Berlin durch den Staatssicherheitsdienst der DDR in dieselbe entführt, dort 1962 wegen „Spionage“ angeklagt und zu 13 Jahren Zuchthaus verurteilt. Sich ständig steigende Protestaktionen in Westeuropa, vor allem aus sozialdemokratischen und Gewerkschaftskreisen führten am 23.5.1964 zur Entlassung aus dem Zuchthaus Bautzen. Rückkehr nach Frankfurt a. Main am 28.5. 1964. Vgl. hierzu Peter Boris, a. a. O., S. 53.

³⁷ Ilko-Sascha Kowalczyk, Zwischen Hoffnungen und Krise: Das Jahr 1956 und seine Rückwirkungen auf die DDR, in: Hermann Weber u.a. (Hrsg.), Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung, Berlin 2006, S. 30.

Mit der Verhaftung von Harich begann Ende November die Welle der Repression, die auch Widersacher von Ulbricht in der SED-Führung selbst, wie das Politbüromitglied Karl Schirdewan und Ernst Wollenweber, den Minister für Staatssicherheit, traf.³⁸

Das Vorgehen gegen die Intellektuellen war für den SED-Parteiparat eine innerparteiliche Machtfrage. Warum sich Ulbricht so verhielt, erklärt der polnische Philosoph Leszek Kolakowski, einer der intellektuellen Wortführer des „polnischen Oktobers“, mit der Funktion der Intelligenz in den kommunistischen Parteien. Er argumentierte mit dem Gegensatz zwischen den Intellektuellen in den sozialdemokratischen Parteien im Westen, die über „keine Fernziele im Kampf um die Macht des Proletariats“³⁹ verfügten und der kommunistischen Intelligenz, die „der eigentliche Schöpfer der sozialistischen Kultur und ihren verschiedenen Formen, vor allem aber in der intellektuellen und künstlerischen Kultur (ist), d.h. sie verleiht jenen Tendenzen der geschichtlichen Evolution, die zur Vernichtung des Kapitalismus führen und aus dem Kampf der ausgebeuteten Klasse als Resultat hervorgehen, eine Form, die sich für die Verbreitung in der Gesellschaft eignet und auf die Gestaltung des sozialen Bewußtseins Einfluß haben kann.“⁴⁰

In diesem Verständnis der Bedeutung und der Rolle der Intelligenz in einer Gesellschaft, die die kommunistische Partei zum Sozialismus führt, unterschieden sich marxistische Intellektuelle ganz bewusst vom Selbstverständnis bürgerlicher Akademiker. Kolakowski verstand unter Entstalinisierung vor allem die Rückgewinnung eines Freiraums für theoretische Debatten, der wiederum die Beseitigung von Repression und Terror im Wissenschaftsbetrieb der sozialistischen Staaten voraussetzte. Die Forderung nach Rehabilitierung von Wissenschaftlern, ja ganzer Fachdisziplinen war

³⁸ Vgl. Manfred Wilke/ Tobias Voigt, Opposition gegen Ulbricht – Konflikte in der SED-Führung in den 50er Jahren, in, Klaus-Dietmar Henke/ Peter Steinbach/ Johannes Tuchel, Widerstand und Opposition in der DDR, Köln/Weimar/Wien 1999, S. 211-240.

³⁹ Leszek Kolakowski, Die Intellektuellen und die kommunistische Bewegung, in, Entstalinisierung, a. a. O., S. 101.

⁴⁰ A. a. O., S. 101.

integraler Bestandteil des Kampfes dieser Intellektuellen gegen die stalinistische Gedankenpolizei.

Die Hoffnung, die kommunistische Intellektuelle in Polen, Ungarn oder in der DDR auf eine Renaissance marxistischer Theorie, der Überwindung dogmatischer Scholastik und geistiger Freiheit als Konsequenz der „Entstalinisierung“ gehegt hatten, wurde von den Parteiapparaten in diesen Ländern zerstört. Der Bloch-Schüler Gerhard Zwerenz, der in den Westen fliehen konnte, konstatierte die Bedeutung der Niederschlagung der ungarischen Revolution für die geistige Situation in der DDR:

„Die tragischen Ereignisse in Ungarn gaben Ulbricht Oberwasser. Als Professor Wolfgang Harich verhaftet wurde, wußten die Schriftsteller, was die Uhr geschlagen hat. Der Traum einer gewissen geistigen Freiheit war ausgeträumt.“⁴¹

Mit der Ausgrenzung kritischer Intelligenz aus ihren Reihen, verlor die SED an intellektueller Kraft und Anziehung. Aus den in die Bundesrepublik geflohenen Schriftstellern und Intellektuellen wurden im Westen Nonkonformisten. Sie setzten in vielen Fällen ihren antistalinistischen Kampf fort, ohne ihre sozialistischen Überzeugungen aufzugeben. Horst Krüger, der 1963 zehn Biografien von Ex-Kommunisten in der Bundesrepublik publizierte, thematisierte auch deren Distanz zu der neuen Gesellschaft:

„Sie sind zwischen die Lager gestellt. Sie haben auf eine elementare Weise die Irrwege des Kommunismus erkannt, aber sie halten an der ursprünglichen Idee eines demokratischen Sozialismus in der Mehrzahl fest. Sie anerkennen dankbar die Vorzüge eines freien Landes, das sie aufgenommen hat, aber das schließt nicht aus, daß sie diese Gesellschaft für reformbedürftig halten.“⁴²

Es waren Menschen mit einem doppelten Film und Krüger sieht in ihnen politische Vermittler im überlebenswichtigen Dialog zwischen den beiden Blöcken: „In einer gespaltenen Welt mit sinnlosen Grenzen und grausamen

⁴¹ Gerhard Zwerenz, zitiert nach: MfS-Analyse, a. a. O., S. 192.

⁴² Horst Krüger, Das Ende einer Utopie. Hingabe und Selbstbefreiung früherer Kommunisten. Eine Dokumentation im zweigeteilten Deutschland, Freiburg i. Bg. 1963, S. 26.

Mauern stehen sie mit der Erfahrung zweier Systeme zwischen den Fronten. Ihre Aufgabe kann nur eine vermittelnde sein. Sie können helfen, Vorurteile abzubauen, falsche ideologische Fronten aufzulösen, das Klima für eine friedliche Annäherung zu verbessern. In dem unumgänglichen Gespräch, zu dem beide Weltblöcke im Zeitalter der atomaren Bedrohung gezwungen sind, könnten sie die Rolle von Dolmetschern übernehmen. Denn sie beherrschen eine Sprache, deren ideologische Wurzeln der westlichen Welt kaum zugänglich sind.“⁴³ Diese Prognose sollte sich im Grundsatz als richtig erweisen und einige Menschen mit „doppeltem Film“ gehörten zu den intellektuellen und publizistischen Wegbereitern der sozialliberalen Ostpolitik Willy Brandts.

Einer dieser Intellektuellen, die nach der Niederschlagung der ungarischen Revolution mit der SED brachen, war der bereits erwähnte Alfred Kantorowicz.⁴⁴ Nach den Bildern aus Budapest erkannte Kantorowicz seinen „Irrglaube, daß der Zweck die Mittel heilige. Die Mittel verselbständigen sich, sie werden zum Selbstzweck. Aus der ‚Diktatur des Proletariats‘ musste die Diktatur der Funktionäre über das Proletariat werden. Und wir sind Mitschuldige“.⁴⁵ Diese Sätze eines ungenannten Besuchers notierte er am 20. Dezember 1956 in sein „Deutsches Tagebuch“. Der Germanist, KPD-Mitglied seit 1931, Interbrigadist im spanischen Bürgerkrieg, Exil in den Vereinigten Staaten, hielt in seinem Tagebuch mit Entsetzen die Wiederbegegnung mit dem Vokabular der Sprache des Dritten Reiches in den Medien der SED in ihrem Triumph über die Ungarische Revolution fest. Zwei Tagebuchnotizen seien hier zitiert:

„1. November 1956:

Das Gute an dieser Zuspitzung ist, daß kein ideologisches Geschwafel die Wirklichkeit, der wir konfrontiert sind, mehr einnebeln kann. Kultur, Demokratie, Meinungsstreit, geistige Freiheit – von Freiheit schlechthin gar nicht zu reden: das Wort schon gilt als Entlarvung ‚konterrevolutionärer Konspiration‘ – der

⁴³ A. a. O., S. 26f.

⁴⁴ Vgl. Das Ende einer Utopie, a. a. O., S. 155-174.

⁴⁵ Alfred Kantorowicz, Deutsches Tagebuch, Zwei Bände, München 1961, zitiert nach dem Reprint von 1980, Band 2, S. 696.

‚Völkische Beobachter‘, der ‚Angriff‘, der ‚Stürmer‘ selbst haben nicht geifernder aufgeheult als das Organ der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, wenn solche Worte fallen. Keine Redensarten mehr. Kurzer Prozeß. Das volksfremde, zersetzende, alles verunglimpfende Literatengezücht wird durch die Knüppel der Rollkommandos zum Schweigen gebracht.“⁴⁶

„6. November:

Man sage doch nicht, daß es nicht immer noch heitere Gemüter bei uns gäbe. Das Glücksgefühl sprengt unserem Hans Marchwitza schier die Brust. ‚Ich bin voller Freude‘ jubelt er in dem mit seiner Fotografie geschmückten Beitrag im ND von heute. Der Herr Arbeiter-Schriftsteller ist voller Freude, weil die Ungarn von Panzern niedergewalzt werden. Da kann man nichts machen. Nein, da kann man nichts machen.“⁴⁷

Die Resolution des DDR-Schriftstellerverbandes zu Ungarn, die die SED-Linie unterstützte, hat Kantorowicz nicht unterschrieben. Im August 1957 verließ er seinen Lehrstuhl an der Humboldt-Universität und ging in den Westen. Das MfS wertete sein Verhalten „als Verrat“.⁴⁸

Zwei Jahre später nahm Kantorowicz auf der Ungarn-Kundgebung in Paris die ungarische Revolution gegen den Vorwurf der kommunistischen Propaganda in Schutz, bei ihr habe sich um einen konterrevolutionären Putsch von Faschisten gehandelt:

„Sie haben nicht die Wiederkehr des dunklen, Vergangenen, sondern die hellere, die menschlichere Zukunft im Sinn gehabt, als Sie ihre Schreibmaschinen mit Maschinengewehren vertauschten im Aufstand gegen die Bedrücker ihres Volkes. Sie wußten, daß der Kampf gegen die Tyrannei oder besser ins Positive gewendet: der Kampf für die Freiheit unteilbar ist. Man kann ihn nicht in Gemeinschaft mit solchen führen, die eine andere Art von Tyrannei, die alte Unfreiheit wieder herstellen wollen. Die Horthy-Faschisten, die Feuerkreuzler, die Hitleranhänger sind in ihren Reihen nicht zu suchen und

⁴⁶ A. a. O., S. 683.

⁴⁷ A. a. O., S. 689.

⁴⁸ MfS-Analyse, a. a. O., S. 193.

in diesem Saale nicht zu finden.“⁴⁹ Ausdrücklich solidarisierte er sich mit dem „Fanal“ des Volksaufstandes:

„Wir sind davon erhellt worden, und der Widerschein ist in den Herzen derer, die noch in der Nacht der Bedrückung leben, nicht erloschen und auch unter der neuen Vereisung, die die Völker im Machtbereich der Diktaturen gegenwärtig abermals überkrustet hat, bleiben die Besten erwärmt von den Funken, die damals aus ihrem Lande übersprühten. Sie wissen ja, daß in dem Land, das ich fliehen mußte, der Ungarn-Aufstand den Widerstand vieler Studenten, Professoren und Schriftsteller gegen die uns aufgezwungenen Unholde befestigte.“⁵⁰

Wie gut kannte er diese Hoffnung auf morgen, geboren aus einer Niederlage, hatte er sie doch selbst schon einmal vorgetragen - 1936 in Paris im Kampf gegen die Hitler-Diktatur, um das Wort für die spanische Republik mit der Tat zu besiegeln.

6. Politische Konsequenzen der SPD

Die unmittelbaren Stellungnahmen der SPD zur ungarischen Revolution waren auch geprägt von der deutschen Situation bzw. der Suche nach einer Politik, die die deutsche Wiedervereinigung befördert. Dieses Ziel setzte die Verständigung mit der Sowjetunion voraus, und hatte zur Folge, dass bei der Verurteilung ihres gewaltsamen Vorgehens in Ungarn Grenzen beachtet wurden. Es war Wolfgang Harich, der in seinen Erinnerungen, die er nach 1990 publizierte, diesen deutschlandpolitischen Subtext mit einer klaren prosovietischen Positionsbestimmung offenlegte:

„Meine Sympathie für die Sowjetunion war durch all dies freilich kaum beeinträchtigt. Ich sah sie in Budapest von Rákosi und Gerö, von den sich an die Macht klammernden ungarischen Ulbrichts in eine Lage gedrängt, in der ihr,

⁴⁹ Alfred Kantorowicz, Im 2. Drittel unseres Jahrhunderts, Köln 1967, Zitiert nach der Lizenzausgabe des Buchclubs Bertelsmann, S. 167.

⁵⁰ A. a. O., S. 168.

wie beim 17. Juni 1953 in Berlin, gar nichts anderes übrig blieb, als militärisch einzugreifen.“⁵¹

Veränderungen in der DDR und in der SED waren natürlich ohne Unterstützung Moskaus für die innerparteilichen Gegner Ulbrichts 1956 undenkbar und dies bedingte für den Kommunisten Harich auch die Rücksicht auf die sowjetische Interessenlage in Ungarn.

Beginnen musste die Demokratisierung der SED mit einem Führungswechsel an ihrer Spitze. Aus gesamtdeutscher Perspektive vordringlich war für eine reformierte SED eine qualitativ neue Beziehung zur SPD. Beide Parteien sollten aus Sicht Harichs eine dauerhafte „Kampfgemeinschaft“ bilden, um „die Einheit der Arbeiterbewegung in ganz Deutschland wiederherzustellen“.⁵² Dieses Ziel sollte in vier Etappen erreicht werden und mit dem „Führungswechsel in der SED“⁵³ beginnen. In der zweiten Etappe sollten SPD, SED und KPD sich auf die politische „Aktionseinheit“ verständigen, um beide Staaten aus NATO und Warschauer Pakt herauszulösen, in der dritten Etappe sollte eine „Einigung zwischen SPD, SED und KPD auf ein gemeinsames Programm der Wiedervereinigung Deutschlands auf der Grundlage der Demokratie, des Sozialismus und der nationalen Souveränität und Unabhängigkeit“⁵⁴ erfolgen. Das Ziel dieser neuen Einheitspartei sollte schließlich die Wiedervereinigung Deutschlands sein.

Die Überlegungen Harichs korrespondierten mit denen die Herbert Wehner im Frühjahr 1956 vertrat, um den toten Punkt in der deutschen Frage zu überwinden. Kurt Klotzbach hat sie in seiner Geschichte der SPD in der Bundesrepublik zusammengefasst: „Wehner hielt unterhalb des Zugeständnisses demokratischer und völkerrechtlicher Legitimation für die DDR eine ‚Annäherung‘ zwischen beiden Teilen Deutschlands für möglich, die sich auf die gemeinsame demokratische Tradition der sozialistischen Arbeiterbewegung, die freilich drüben durch die Macht- und

⁵¹ Wolfgang Harich, a. a. O., S. 55.

⁵² Wolfgang Harich, Plattform für einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus, Entwurf (November 1956), in: Derselbe, Keine Schwierigkeiten mit der Wahrheit, Berlin 1993, S. 130.

⁵³ A. a. O., S. 136.

⁵⁴ A. a. O., S. 137.

Überlebensinteressen des SED-Regimes scheinbar verdeckt worden sei, stützen könnte. „...Man solle alles tun, was geeignet sei, bestehende und potentielle gesamtdeutsche Klammern auf den Gebieten der Wirtschafts- und Sozialpolitik, der Wissenschaft und Kultur zu festigen und zu fördern, auf das ‚in jenem Teil Deutschlands eine demokratische Auflockerung um sich greift, die zwar noch nicht identisch ist mit unseren demokratischen Auffassungen im Westen, die aber das Leben zwischen den Zonen etwas entgiftet und erleichtert‘.“⁵⁵

Angesichts der weltpolitischen Krise des Herbstes '56 hatten solche deutschlandpolitischen Gedankenspiele keine Aussicht auf Verwirklichung. Die DDR selbst blieb angesichts der Bilder aus Budapest ruhig. Diese relative Ruhe interpretierte der SPD-Pressedienst als Ausdruck von „Klugheit“ und sah darin sogar einen „Aufstand des Schweigens“, denn dort habe es niemanden gelüftet, „das furchtbare (sic!) Beispiel Ungarn nachzuexerzieren.“⁵⁶ Die Ruhe sei „disziplinierte Zurückhaltung“ und zeugte „... nicht von Schwäche, sondern allein von einer nüchternen Einschätzung der Möglichkeiten im Panzerschatten der Sowjets, die in der Zone fünfmal soviel Soldaten haben wie in Ungarn. Wir müssen dafür dankbar sein. Die Menschen drüben werden sich ihre Freiheit schrittweise erringen; die Bevölkerung will nicht den bewaffneten Aufstand von dem sich nur an gewissen westdeutschen Kaminen gut träumen lässt, sondern die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden durch allseitige internationale Bemühungen; die Freiheit kommt dann von selbst.“⁵⁷

In der gleichen Ausgabe wird über den passiven politischen Widerstand in Ungarn und das Taktieren der Regierung von Janos Kadar berichtet und der Hoffnung Ausdruck gegeben, dass auch Ungarn „den polnischen Weg“⁵⁸ geht. Das kleinere Übel nach der Niederlage war für Ungarn aus Sicht des SPD-Pressedienstes der polnische Weg der systemimmanenten Reform im sowjetischen Imperium. Diese Interpretation wurde unterstrichen durch den

⁵⁵ Kurt Klotzbach, *Der Weg zur Staatspartei. Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945-1965*, Berlin/ Bonn 1982, S. 363f.

⁵⁶ Aufstand des Schweigens, in: Sozialdemokratischer Pressedienst, 16. November 1956, S. 1.

⁵⁷ A. a. O., S. 2.

⁵⁸ Geht Kadar den polnischen Weg?, in: SPD Pressedienst, 16. November 1956, S. 4.

Verweis auf die Erfolge Gomulkas in den ersten Wochen nach seiner Wahl zum Ersten Sekretär der PVAP.

Gustav Heinemann, 1953 Mitbegründer der „Gesamtdeutschen Volkspartei“ (GVP) und späterer Bundespräsident, zählte in den 50er Jahren zu den „Neutralisten“, die für einen neutralen Status eines vereinigten Deutschland zwischen Ost und West eintraten.⁵⁹ Er nutzte einen Kommentar zum ungarischen Aufstand im „Studenten-Kurier“, den Klaus Rainer Röhl und Peter Rühmkorf herausbrachten, ein Blatt, das zu diesem Zeitpunkt bereits von der KPD finanziell unterstützt wurde, um mit dessen Bewertung die Anerkennung des Status quo im gespaltenen Europa einzufordern. Heinemann sah in der Niederschlagung der ungarischen Revolution nicht allein die Sowjetunion auf der Anklagebank, sondern auch den Westen: „Als aber der Tag kam, als Ungarn sich erhob, als ‚Freiheitssender‘ riefen: ‚Völker der Welt, hört uns! Helft uns! Nicht mit Rat, nicht mit Worten, sondern mit der Tat, mit Soldaten und Waffen!‘, da erwies es sich, daß der Westen nur hohle Worte und keine Taten zu bieten vermochte. [...] Westliches Eingreifen in Ungarn mit Waffen hätte nur den Dritten Weltkrieg auslösen können. Die Ungarn waren umsonst mit Fäusten gegen Panzer aufgestanden. Auf ihren Lippen erstarb eine doppelte Verwünschung, die Verwünschung derer, von denen sie niedergeschlagen wurden, und die Verwünschung derer, die sie jahrelang mit falschen Hoffnungen genährt hatte und so grausam enttäuschten.“⁶⁰

Mit einem Adjektiv demonstrierte Heinemann sein Verständnis für die sowjetische Realpolitik:

„Grausam“ sei die westliche Propaganda, aber offenbar nicht die sowjetischen Kugeln. 1956 war dies eine wichtige Akzentverschiebung in der innerdeutschen Debatte über Ungarn. Den prosowjetischen Standpunkt in der damaligen

⁵⁹ „Der Osten will davor gesichert sein, daß Deutschland in die Waagschale des Westens fällt. Der Westen will davor gesichert sein, daß Deutschland in die Waagschale des Ostens fällt. Beide wollen davor gesichert sein, daß Deutschland erneut eine selbständige Gefahr für sie wird.“ Zitiert nach, Rainer Zitelmann, Adenauers Gegner. Streiter für die Einheit, Erlangen/Bonn/ Wien 1991, S. 97.

⁶⁰ Zitiert nach, Bettina Röhl, So macht Kommunismus Spaß! Ulrike Meinhof, Klaus Rainer Röhl und die Akte KONKRET, Hamburg 2006, S. 110.

Ungarn-Debatte bezog im Nachgang zur SED die KPD zum Anlass der außenpolitischen Debatte im Bundestag am 9. November 1956:

„Die Niederschlagung der Konterrevolution durch die ungarischen Werktätigen, unterstützt von der durch den Warschauer Pakt verbündeten Streitkräften der Sowjetunion, wird dazu benutzt, verstärkt die Hetze gegen die Sowjetunion gegen die Kommunisten zu führen. Damit wollen die Imperialisten das Volk verwirren und die Tatsache verdecken, daß sie selbst von außen her durch ihre jahrelange Hetze, durch die Einschleusung von Agenten und getarnten Waffenlieferungen den weißen Terror gegen das ungarische Volk organisiert haben. Sehr zurecht wurde in der Bundestagsdebatte auf die verderbliche Rolle hingewiesen, die der auf den Boden der Bundesrepublik arbeitende amerikanische Sender ‚Freies Europa‘ und die von Westdeutschland gestarteten Ballonaktionen gespielt haben.“⁶¹

Im Vergleich zu der Erklärung der KPD ist die Argumentation von Heinemann in Bezug auf die Verantwortung der Amerikaner und ihres Propagandasenders „Free Europe“ subtiler und differenzierter, aber auch er klagt den Westen als Mitverursacher der Tragödie an.

Nach der Intervention galt der Status Quo zwischen den Blöcken im geteilten Europa als zementiert. Er war Ausdruck des bewaffneten Friedens auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs.

Wehner forderte im *Vorwärts* als Konsequenz der Krisen die Anerkennung der Realitäten. Nach den blutigen „Ereignissen in Ungarn und im Nahen Osten“, die den Frieden der Welt in Gefahr gebracht hätten, müssten nun „auf allen Seiten Konsequenzen gezogen werden. Keine Seite kann nach dieser Krise einfach dort wieder beginnen, wo sie durch die Krise unterbrochen wurde.“⁶² Er wollte die Realisierung der „Ko-Existenz“ von Staaten „verschiedener innerer Regime und sozialer Ordnungen. Ohne dieses friedliche Nebeneinanderbestehen ist die Verwirklichung bestimmter, für alle gültige Grundlagen, auf denen der Frieden

⁶¹ Die KPD lebt und kämpft, Dokumente der KPD 1956-1962, Berlin (Ost) 1963, S. 21.

⁶² Herbert Wehner, Aussprechen, was ist!, in: Derselbe, Wandel und Bewährung. Ausgewählte Reden und Schriften 1930/1980, 5. Auflage, Herausgegeben von Gerhard Jahn, Frankfurt a. M./ Berlin 1968, S. 141.

der Welt beruht, nicht denkbar.“⁶³ Die Vereinten Nationen seien die geeignete Organisation, um dieses Ziel zu erreichen, sie benötigten einen größeren Einfluss auf die Weltpolitik, um die Dominanz der Militärblöcke einzuhegen. Wehner plädierte für ein Umdenken in den Lagern. „Die blutigen Ereignisse in Ungarn haben gezeigt, daß die Verschleppung der längst fälligen und versprochenen Reformen im inneren Gefüge der ‚Volksdemokratien‘ durch Kräfte, die soviel wie möglich von den alten Machtbefugnissen retten möchten, zu schrecklichen Reaktionen führt. Wenn die sowjetische Propaganda und besonders die Propaganda der ‚Einheitspartei‘ in der sowjetisch besetzten Zone glauben machen will, es handle sich bei allem um das Werk ausländischer Agenten, so setzt sie sich damit in schreienden Gegensatz zu allem, was der Zwanzigste Parteitag der sowjetischen Regierungspartei über die Auswirkungen des Stalin-Regimes auf die Sowjetunion selbst festgestellt hat.“⁶⁴ Nach diesem Appell zur Reform an die sowjetische Führung wandte Wehner sich dem Westen zu. Dieser müsse begreifen, „... daß die Entwicklung der Verhältnisse in den ‚Volksdemokratien‘ gefährdet werden würde, wenn die konservativen Kräfte in den ‚Volksdemokratien‘ das Festhalten an ihren Machtpositionen damit begründen könnten, der Westen wolle in diesen Staaten die Privilegien der früheren Großgrundbesitzer und anderer Machthaber wieder herstellen oder diese Staaten zu militärischen Machtpositionen gegen die Sowjetunion machen.“⁶⁵ Übertragen auf Deutschland hieß dies, in der Bundesrepublik eine Politik zu betreiben, die sich nicht in der rhetorischen Konfrontation erschöpft und dass „die Auseinandersetzung mit den Fossilien der Stalin-Ära auf deutschem Boden so geführt wird, daß dabei Schritt für Schritt Boden gewonnen wird für die Demokratisierung der Lebensverhältnisse in der sowjetisch besetzten Zone und für die Vorbereitung der Vereinigung Deutschlands in gesicherter Freiheit.“⁶⁶

Die Grundsätzlichkeit dieses Artikels unterstrich Wehner mit dem Rückgriff auf einen bekannten Satz von Ferdinand Lasalle, dem Begründer der deutschen

⁶³ Ebenda.

⁶⁴ A. a. O., S. 142.

⁶⁵ Ebenda

⁶⁶ A. a. O., S. 143.

Sozialdemokratie: Jede Politik beginnt mit dem Aussprechen, was ist. Die Linke als verändernde Bewegung – und in diesem Sinn verstand Wehner die SPD – müsse nach Ungarn die weltpolitische Realitäten anerkennen, sich auf sie aktiv einlassen, um sie zu verändern.

Für die Sozialisten in der SPD unterstützte Peter von Oertzen diesen politischen Ansatz von Wehner, er verlangte, dass die sozialistische Bewegung in Deutschland, deren Schwäche er bedauerte, den „Demokratisierungsprozeß in den Volksdemokratien, in der DDR, unterstützen“, könne „ohne eine stalinistische Reaktion herauszufordern. Diese Reaktion ist in der DDR z. B. durchaus möglich. Die ungarische Katastrophe hat die durch Gomulkas Sieg erschütterte Stellung Ulbrichts wieder gefestigt.“⁶⁷ Grundlage dieser Selbsteinschätzung über die Bedeutung der Intervention westlicher Sozialisten in die Demokratisierungsprozesse in den Volksdemokratien war das Fehlurteil von v. Oertzens über die Beweggründe des militärischen Eingreifens der Sowjetunion in Ungarn. „Die nationale Empörung trieb die anfänglich noch überwiegend antistalinistische Bewegung vorwärts ins antisozialistische Fahrwasser. Nagy mußte Schritt um Schritt zurückweichen. Die Kommunistische Partei wurde aufgelöst und auf antistalinistischer Basis neu gegründet.“⁶⁸ Erst als die „Treibjagd auf die kommunistische Sicherheitspolizei“ losging, „Horthy-Offiziere“ aufständische Bauern führten und der aus dem Gefängnis befreite Kardinal Mindszenty eine katholische Partei neu begründete „trennten sich Kadar und andere ‚Titoisten‘ von Nagy; und die Rote Armee schlug mit äußerster Rücksichtslosigkeit zu.“⁶⁹ Eine Konzeption und Politik zu entwickeln, die „die Sozialisierung der Bundesrepublik und die Demokratisierung der DDR zu einem einheitlichen Ziel zusammenfaßt“⁷⁰ sieht v. Oertzen als künftige innenpolitische Aufgabe für die Sozialisten. Er hatte sogar bedingt Verständnis für das Eingreifen der sowjetischen Armee in

⁶⁷ Peter von Oertzen, Zwischen Kapitalismus und Stalinismus, Die Krise in den Volksdemokratien – ein Kreuzweg der sozialistischen Entwicklung, in, Sozialistische Politik, 3. Jahrgang, Nr. 11, November 1956, S. 2.

⁶⁸ A. a. O., S. 1.

⁶⁹ Ebenda.

⁷⁰ A. a. O., S. 2.

Ungarn, um dortige Tendenzen zur kapitalistischen Restauration zu unterbinden.

Unmittelbar nach der ungarischen Tragödie zog Wehner einen Vergleich aus dem Ausgang der Doppelkrise im Ostblock. Er befürwortete systemimmanente Reformen, wie sie in Polen im sowjetischen Imperium möglich waren. Einen solchen Weg der „Demokratisierung“ befürworteten auch die Sozialisten in der SPD.

Die Anerkennung des Status Quo in Europa durch die SPD, wie sie Wehner forderte, erlaubte allenfalls die Unterstützung reformerischer Kräfte in den sozialistischen Staaten und erforderte den Dialog mit der sowjetischen Führung und der SED. Es bedurfte der Erfahrung des Mauerbaus in Berlin 1961, um diese Tendenzen in der SPD zu einer politischen Konzeption werden zu lassen. Die deutsche Interessenlage überlagerte schnell die Solidarität mit der geschlagenen ungarischen Revolution, und die Erinnerung an sie verblasste. Erst 33 Jahre später sollten sich der ungarische Freiheitskampf und die deutsche Frage in Budapest erneut begegnen, als die Flüchtlinge aus der DDR hier im Sommer 1989 Aufnahme fanden und in die Bundesrepublik ausreisen durften. Das war der Anfang vom Ende der SED-Diktatur und beförderte Ungarns Rückkehr nach Europa.